
• **Schwerpunkt: Islamkonferenz**

• **Burka-Verbot in Frankreich, Erste zinsfreie Bank in Deutschland**

Schwerpunkt Deutschland: Islamkonferenz

Zaman, 20.05.2010, S. 5, von Ziver Ermiş/ Köln

„Die Erfolge der DIK (Deutsche Islamkonferenz) zeigen, dass die Kooperation mit den Vertretern der Muslime gut gelingt.“

„Die islamischen Organisationen in Deutschland und der Bundesinnenminister Thomas de Maiziere betonten in ihrer Zielerklärung auf der Islamkonferenz die Forderung nach der Erweiterung der gesellschaftlichen Partizipation der Muslime und die gemeinsame Ablehnung von Parallelgesellschaften. Zuvor hatte die Nichtteilnahme islamischer Dachverbände zu Widersprüchlichkeiten geführt: „Die Akzeptanz der Beschlüsse der Islamkonferenz hängt im Wesentlichen von der Zusage der anwesenden Vertreter der Muslime ab,“ so de Maiziere.

Auf der Islamkonferenz am 17. Mai betonte der Bundesinnenminister abermals die Forderung und die Umsetzung des Ziels der stärkeren gesellschaftlichen Partizipation von Muslimen und die Bestärkung von Integrationszielen. An der gegenwärtigen zweiten Islamkonferenz nehmen zwei von vier islamischen Dachverbänden nicht teil. Im Gespräch mit der Zaman erklärte der Vorsitzende des Islamrates Ali Kızılkaya wiederum, dass im Vorfeld der Organisation das Bundesinnenministerium die Muslime brüskiert wurden:

„Das Ministerium hat ausschließlich Personen eingeladen, mit denen es programmatisch konfliktfrei arbeiten kann. Personen, die im islamischen Kollektiv nicht auffallen und auch

Personen, die mit mittels ihrer Kritik am Islam Geld verdienen, sind als Vertreter der Muslime auf die Islamkonferenz eingeladen worden.“ Kızılkaya erinnerte daran, dass durch die fehlende Teilnahme des ZMD die Hälfte aller Moscheen und Muslime in Deutschland nicht an der Islamkonferenz teilnehmen würden: „Diese Form der Konferenz umfasst eben nicht die Vollständigkeit aller Muslime. Es diskutieren diejenigen, die eigentlich gegen den Islam arbeiten im Namen aller Muslime auf dieser Konferenz – dadurch kann kein fruchtbringendes Umfeld entstehen. Weil auf der Konferenz ein Großteil der Muslime nicht vertreten ist, ist diese Islamkonferenz fehlerhaft. Die Beschlüsse werden keine entschiedenen Ergebnisse sein können, sondern weiterhin - auch nach den Beschlussfassungen - diskutiert werden. Als Mitglied der KRM hätte ich mir gewünscht, dass die Regierung unsere Bedingungen näher in Betracht genommen hätte. Leider sind die muslimischen Organisationen darüber hinaus bisher selbst nicht in der Lage gewesen, vereint und effizient zu agieren. Ich hätte mir gewünscht, dass nach Bekanntgabe des Zielplans der Islamkonferenz, die Teilnahme sichergestellt gewesen wäre. Es ist verkehrt, dieses Verhalten auf der Islamkonferenz zu akzeptieren. Wie sollen Themen wie der Religionsunterricht oder die Glaubensgemeinde betreffende Themen mit Teilnehmern diskutiert werden, die überhaupt nichts mit der Glaubensgemeinde zu tun haben? Die Konferenz hat zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein ernsthaftes Vertrauensproblem.“

Der Präsident des VIKZ Mustafa Imal und der Dialogbeauftragte der VIKZ Erol Pürlü bekräftigen, dass die Islamkonferenz nun zu konkreten Ergebnissen kommen muss. Auf unsere Frage hin, ob das Ziel und die Forderung des Bundesinnenministers nach einer höheren Beteiligung der Muslime an der Gesellschaft und nach einer besseren Integration in Anbetracht dessen, dass ein großer Teil der islamischen Organisationen nicht an der Konferenz teilnimmt, nicht widersprüchlich sei, erklärt Pürlü:

„Natürlich stellt sich die grundsätzliche Frage, inwiefern die Ergebnisse und Beschlüsse tatsächlich in der Praxis umgesetzt werden können, wenn die entsprechenden Organisationen nicht an der Islamkonferenz teilnehmen. Wenn die nicht teilnehmenden Personen sich eh schon ausgeschlossen fühlen, dann werden sie kaum ihr Vertrauen in die Beschlüsse setzen. Sie könnten sich gewissermaßen denken, dass sich der Staat einen eigenen Islam zusammen schustert. Damit die Beschlüsse der Islamkonferenz in der Gesellschaft akzeptiert werden, muss das Vertrauen der in Deutschland lebenden Muslime gewonnen werden. Und das geht nur über den Weg der muslimischen Vertreter auf der Islamkonferenz. Das Ziel der Konferenz ist schließlich die Organisation der Muslime und ihre gesellschaftliche Integration.

Bekir Alboğa, Dialogbeauftragter von DITIB, weist auf das Versprechen des Bundesinnenministers hin: „Der Bundesinnenminister hat das Versprechen abgegeben, die

Wünsche der Muslime nicht zu ignorieren. Die fehlende Teilnahme des ZMD erfreut die Regierung ganz und gar nicht. Wer würde sich schon wirklich ernsthaft darüber freuen, dass der KRM, der zwei Dachorganisationen vertritt, nicht an der Islamkonferenz teilnimmt? Das Ministerium hält seine Türen für einen Dialog nach wie vor offen. Meiner Meinung werden unsere Freunde im Laufe des Dialogs wieder eingeladen werden.“ Alboğa betonte darüber hinaus, dass die Islamkonferenz kein Forum ist, in dem über den Islam entschieden werde oder der Islam dort definiert werde: „Wenn das tatsächlich so wäre, dann würden weder die DITIB noch die VIKZ tatenlos und still zusehen.“

Zaman, 20.05.2010, S. 5, von Şevket Duman/Frankfurt

„Keine Ahnung von der Islamkonferenz“

„Die Diskussionen über den Erfolg der Islamkonferenz dauern an. Die Islamkonferenz in Deutschland wurde mit dem Ziel, den Dialog mit den Muslimen in Deutschland aufzunehmen und auszubauen initiiert. Dabei unterscheiden sich die Themen, welche der amtierende Bundesinnenminister Thomas de Maiziere zu Beginn der Islamkonferenz am Montag vorstellte, kaum von den Themen seines Vorgängers. Die Ergebnisse am Montag blieben jedoch weit unter den Erwartungen. Am selben Tag wiederum wurde auf einem deutschen Sender ein Video mit dem Titel „Die Deutsche Islamkonferenz: Nie davon gehört!“ gezeigt. Die interviewten Passanten erklärten, dass die Integration in Deutschland an einen gesicherten Arbeitsplatz und an die Unabhängigkeit von Leistungen wie Hartz IV gebunden sind. Eine ältere Dame erklärte sogar, dass die Islamkonferenz sie nichts angehe und sie ihren Gebetszeiten für sich zu Hause nachkäme.

Ich bin mir deshalb sicher, dass es auch in Ihrer Umgebung Menschen gibt, die noch nie etwas von der Islamkonferenz gehört haben – und sich die Zahl dieser Menschen in der Mehrheit befindet. Der Dialog an und für sich wird mit erfolgreicher Integration gleich gesetzt. Wenn man jedoch keine Arbeit hat und auch kein Geld, dann kann man keinen Dialog führen – das wissen unsere Landsmänner auf der Straße sehr wohl. Sie können sich selbst einen Reim darauf machen, wie sich jemand ernsthaft Gedanken über Integration und Islam machen soll, wenn er keine Arbeit und keine Kraft besitzt.

Die erste Generation der Türken, die nach Deutschland kam, hatte keine Integrationsprobleme, weil sie alle eine Arbeitsstelle besaßen. Als sie jedoch arbeitslos wurde und sogar ihre Kinder keine Arbeitsstellen fanden, obwohl diese sehr gut Deutsch sprechen – erst zu dem Zeitpunkt begannen die Diskussionen darüber, dass sie hier nicht integriert sind.“

Zaman, 19.05.2010, S. 5, von Oktay Yaman/Berlin

„Islamkonferenz, DITIB und VIKZ“

„Auf der Islamkonferenz vertreten die DITIB und der VIKZ die Muslime. Während die DITIB und der VIK unterschiedliche Erklärungen abgaben, kritisierten sie gemeinsam Inhalte aus dem Arbeitsprogramm der DIK. Am Montag ist das elf Seiten lange Arbeitsprogramm vorgestellt worden. Bereits zu diesem frühen Zeitpunkt wurden Inhalte des Arbeitsprogramms kritisiert. Viele Fragen mit Hinblick auf die Muslime in Deutschland scheinen ungeklärt zu sein. Bisher hatte sich der VIKZ zurückhaltend verhalten. Durch die gemeinsame Kritik mit DITIB verändert sich die Situation des VIKZ.

Wichtigster Gegenstand der Kritik ist die allgemeine Anerkennung der DITIB als Vertreter der Muslime in Deutschland: die DITIB kennt die Sorgen und die Alltagsprobleme der Muslime genau und genießt bereits eine hohe Anerkennung. Die Organisation bestätigte die in wissenschaftlichen Untersuchungen festgestellten Zahlen der hohen Arbeitslosigkeit und der großen Ausbildungsprobleme unter Muslimen in Deutschland aufgrund ihrer Erfahrungen aus der Praxis.

Die DITIB fordert für die zukünftige Arbeit in der Islamkonferenz, dass das Thema der Islamfeindlichkeit in der Gesellschaft eine größere Bedeutung erhält, um gemeinsame Lösungskonzepte herausarbeiten zu können. Dadurch greift die DITIB ein weiteres Untersuchungsergebnis auf: die Diskriminierung aufgrund der Glaubenszugehörigkeit zum Islam. Die DITIB kritisiert, dass der Glaube politisiert wird und von einigen extremen politischen Richtungen in der Gesellschaft missbraucht wird.

Die DITIB betont, dass der Staat eine besondere Verpflichtung hierin besitzt. Auch der VIKZ betont die Sensibilität dieser Thematik: wenn nicht wesentliche Veränderungen hinsichtlich der Deutung und des Ausdrucks des Islam in der Gesellschaft gemacht würden, dann sei ein weiterer Anstieg der Angst vor dem Islam in der Gesellschaft zu erwarten. Der VIKZ kritisiert Formulierungen hinsichtlich der Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen im Arbeitsprogramm der Islamkonferenz: „Es scheint so, wie wenn der Islam für die offensichtlichen Ungleichbehandlungen von Frauen in der Gesellschaft Schuld sei.“

Der VIKZ fordert aufgrund seiner Kritik von der Regierung eine wissenschaftlich fundierte Untersuchung zu diesem Thema.

Im Programm ist auch folgende Formulierung enthalten:

„Deutschland ist ein säkularer Staat. Deutschland ist kein laizistischer Staat.“ Es handelt sich um den Inhalt des Arbeitsprogramms in Bezug auf die Anerkennung der Rechte von Glaubensgemeinschaften. Darin ist auch die Aufforderung enthalten, dass der Islam sich der Öffentlichkeit gegenüber stärker präsentiert. Im Arbeitsprogramm sind auch Aufgaben zum islamischen Religionsunterricht in den Schulen, der Ausbildung von Imamen an Theologischen Fakultäten sowie die Sozialarbeit in Gemeinden enthalten.

Die Aufgabe des Staates ist es nicht, dem Islam einen gleichwertigen Status zukommen zu lassen.

Ich habe diese Frage an den Bundesinnenminister während der Islamkonferenz am Montag gestellt. „Wird der Islam den gleichen Status wie das Christentum und das Judentum erhalten? Was gedenken Sie hierin zu tun?“ Der Minister gab mir eine sehr deutliche Antwort: „Das ist nicht unsere Aufgabe. Die Aufgabe des Staates ist es nicht, dem Islam den gleichen Status zu gewähren.“

Der Staat unterstützt die muslimischen Organisationen dabei, den Religionsunterricht in den Schulen zu erteilen. Aber wenn es darum geht, dem Islam den gleichen Status wie dem Christentum und dem Judentum zukommen zu lassen, fühlt er sich plötzlich nicht mehr verantwortlich. Das ist sehr aufschlussreich und ist eigentlich einen eigenen Artikel wert.“

Zaman, 19.05.2010, S. 5, Kommentar von Arhan Kardaş

„Die Islamkonferenz und die Vertrauenskrise“

„(...) Bei einer aufmerksamen Beobachtung lässt sich feststellen, dass auch in den Köpfen der Muslime auf der Islamkonferenz eine Vertrauenskrise auszumachen ist. Um diese Krise tatsächlich überwinden zu können braucht es einer wirklichen Offenheit und eines echten Vertrauens. Die Christdemokraten müssen den Islam kennen lernen und die Muslime wiederum die Christdemokraten. Die an der Konferenz teilnehmenden Christen sollten für einen Monat an einem Korankurs an der Istanbuler Sultan Ahmet Moschee teilnehmen und die Muslime wiederum am Ökumenischen Kirchentag in München und ihre Teilnahme an kirchlichen Aktivitäten in anderen Kirchen für rund einen Monat fortsetzen.

Es gibt kein Vertrauen ohne ein sich gegenseitiges Kennen. Man kann einander nicht vertrauen, solange man sich nicht wirklich kennt. Und solange es sich so verhält, kann die derzeitige Vertrauenskrise auf der Islamkonferenz nicht überwunden werden.“

Hürriyet, 14.05.2010, S. 13

„ZMD nimmt nicht an der Islamkonferenz teil.“

„In Deutschland beginnt am kommenden Montag in Berlin die zweite Islamkonferenz. Der ZMD (Zentralrat der Muslime in Deutschland) wird nicht an der Islamkonferenz teilnehmen. Der Vorsitzende des Zentralrats erklärt dazu, dass die Gründe in den fehlenden konkreten Zielsetzungen innerhalb der Islamkonferenz liegen. Darüber hinaus wird die Einladung unpassender Personen zur Islamkonferenz beanstandet sowie die fehlende Entschlossenheit beim Thema Islamfeindlichkeit in Deutschland auf der Islamkonferenz.

Während dessen verteidigt der deutsche Bundesinnenminister Thomas de Maiziere seine Entscheidung, die Islamische Gemeinschaft Milli Görüş (IGMG) nicht zur Islamkonferenz eingeladen zu haben.

Nicht am selben Tisch

De Maiziere weist darauf hin, dass gegen einige Vorstandsmitglieder der IGMG Ermittlungsverfahren laufen: „Aus diesem Grund möchte ich mit dieser Organisation nicht an einem Tisch sitzen.“

Der Bundestagsabgeordnete Serkan Tören (FDP) äußerte wiederum sein Bedauern über die Entscheidung des ZMD: „Wir bedauern diesen Entschluss. Auf der Islamkonferenz geht es nun darum, die teilnehmenden Organisationen und Personen zu unterstützen.“

Sabah, 14.05.2010, S. 17

„Erster Rücktritt am Vorabend der Islamkonferenz“

„Der ZMD tritt von seiner Teilnahme an der Islamkonferenz zurück. Der Zentralrat der Muslime in Deutschland gibt seinen Rücktritt von der Teilnahme der Islamkonferenz bekannt. Der Vorsitzende Ayyub Axel Köhler erklärte: „Wir stießen mit unseren Anliegen ständig gegen Mauern.“

Im Jahr 2006 begann die erste Islamkonferenz unter dem damaligen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU). Der Zentralrat der Muslime in Deutschland erklärt, dass er an der für den kommenden Montag beginnenden Islamkonferenz unter Vorsitz des Bundesinnenminister Thomas de Maiziere nicht teilnehmen wird. Dazu äußert der Vorsitzende des ZMD Ayyub Axel Köhler: „Wir wurden hinsichtlich jeder Thematik mit großen Widerständen konfrontiert.“

Köhler erklärt, dass der Islam in der Gesellschaft negativ dargestellt wird: „Sobald wir unsere Kritik dazu äußerten, wurden wir abgewiegelt und beschwichtigt. Auch unsere Forderung, die islamischen Dachverbände als Religionsgemeinschaft anzuerkennen wurde von seitens des Ministeriums abgelehnt.“

Bundesinnenminister Thomas de Maiziere äußert wiederum sein großes Bedauern über die Entscheidung des ZMD: „Natürlich bedauere ich den Entschluss des ZMD sehr. Wir werden unsere Arbeit jedoch auch ohne den ZMD fortsetzen. Der Minister verteidigt zudem seine Entscheidung, die IGMG nicht eingeladen zu haben: „Ich möchte mit einer Organisation, gegen die zum gegenwärtigen Zeitpunkt Ermittlungsverfahren laufen, nicht an ein und demselben Tisch sitzen.“

Bekir Alboğa (DITIB) erklärt, dass die Themenvorschläge von seitens der DITIB vom Bundesinnenminister aufgenommen wurden. Alboğa erklärt, dass die DITIB weiterhin an ihren Themen arbeiten wird: „Der Minister sagte uns gegenüber, dass wir kommen sollen

und keiner unserer Vorschläge ignoriert wird. Deshalb werden wir auf der Islamkonferenz unseren Platz einnehmen und unsere Anliegen vorlegen.

Eigentor

Serkan Tören, Bundestagsabgeordneter der FDP erklärt, dass die Absage des ZMD ein Eigentor ist: „Der Zentralrat hat sich mit diesem Entschluss ein Eigentor geschossen.“ Tören betont, dass beide Gesellschaften Fragen wie das Kopftuchverbot und die Nichtteilnahme von Mädchen am Sportunterricht dringend lösen müssen.“

Frankreich: Burka-Verbot

Sabah, 20.05.10, S. 20

„Frankreichs Minister stimmen Burka-Verbot zu“

„In Frankreich gaben die Minister dem Entwurf für ein Verbot der Ganzkörperverschleierung im öffentlichen Raum ihre Zustimmung. Der französische Ministerpräsident Nicolas Sarkozy erklärt, dass der Zusammenschluss der Minister dem Gesetzesentwurf zugestimmt hat und sich damit auf dem richtigen Weg befindet. Der Ministerpräsident erklärt, dass die Ganzkörperverschleierung gegen die republikanischen Werte, gegen die Würde und die Selbstachtung der Frauen verstößt. Vergangene Woche äußerte sich der Hohe Senat negativ zum Gesetzesentwurf. Dazu erklärte der Hohe Senat, indem er die Regierung mahnte: „Der Gesetzesentwurf genügt nicht den juristischen Anforderungen. Er sorgt in seiner jetzigen Form eher für Verwirrung und könnte im Widerspruch mit der französischen Verfassung stehen.“ Derzeit ist davon auszugehen, dass im kommenden Monat in der Parlamentssitzung der Begriff „Burka-Verbot“ im Gesetzesentwurf durch den Begriff „Gesichtsverschleiende Kleidung“ verwendet wird. Diese Form der Bekleidung wirft weitere Fragen im Hinblick auf die Gewährleistung von Sicherheitsmaßnahmen während Arbeitstätigkeiten auf.“

Geld- und Gefängnisstrafen

Im Gesetzesentwurf ist vorgesehen, dass bei Tragen dieser Kleidung an öffentlichen Plätzen Geldstrafen von bis zu 150 Euro fällig werden können oder ein zwingendes Praktikum in der Gemeinde vorgesehen ist. In diesem Zwangs-Praktikum sollen die republikanischen Werte innerhalb eines Staatsbürgerkundeunterrichts gelernt werden. Wenn eine Frau zum Tragen der Burka gezwungen wird, so ist eine Freiheitsstrafe von bis zu einem Jahr vorgesehen und eine Geldstrafe von 15 000 Euro für den Peiniger. Nach der Zustimmung im Parlament muss auch der Senat seine Zustimmung abgeben, damit das Gesetz ab September in Kraft treten kann.

Die Sozialistische Partei legte auch einen Gesetzesentwurf zum Burka-Verbot in öffentlichen Räumen vor. Dieser Gesetzesentwurf ist gemäßiger und spiegelt die Kritik der Sozialistischen Partei am Gesetz über das Burka-Verbot wieder. Die Sozialisten möchten die

räumlichen Grenzen, die im Gesetzesentwurf vorgesehen sind, aufweichen. Demnach soll das Verbot ausschließlich in Regierungsgebäuden gelten und in öffentlichen Transportmitteln. Vom Verbot ausgenommen sind Banken und Krankenhäuser.“

Deutschland: Erste Zinsfreie Bank

Zaman, 18.05.2010, S. 7

„Deutschlands erste Zinsfreie Bank in Mannheim eröffnet“

„In Deutschland wird zum ersten Mal aus dem zinsfreien Bankensektor die Kuveyt Türk Bank (Türk Katılım Bankası) in Mannheim ihre Finanzdienste anbieten. Die Bank wird zunächst die Betreuung der in der Türkei eröffneten Geschäftskonten übernehmen. Die Kuveyt Türk Bank ist in der Türkei seit 20 Jahren innerhalb verschiedener Sektoren tätig. Die Bank ist sowohl auf dem Sektor für Privatkunden und für ihre gewinnbringenden Ersparnisse tätig als auch auf dem Arbeitsmarktsektor. Die Bank hat in der Türkei 130 Filialen. Daneben besitzt die Kuveyt Türk Bank eine Niederlassung in Bahrain und in Kasachstan. Auf dem europäischen Kontinent nimmt die Bank erstmals in Mannheim unter „Mannheim Finansal Hizmetler Şubesi faaliyetler“ ihre Dienste auf. Die Kuveyt Türk Bank hat seit fünf Jahren in Deutschland ihre Vertretung und kann nun nach intensiven Vorbereitungen ihre Dienstleistungen anbieten. Die Bank weckte vor allem aufgrund der globalen Wirtschaftskrisen ein großes Interesse unter Kunden in Europa.“

Den erscheinenden Newsletter zur Medienberichterstattung in türkischen Zeitungen finden Sie auch in unserem Archiv auf www.islamedia.de unter der Rubrik Newsletter.

Impressum:
Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg
Lehrstuhl für Bürgerliches Recht - Prof. Dr. Rohe
Autorin Newsletter: Meltem Kulaçatan
www.islaMedia.de

- Der Newsletter erscheint in unregelmäßigen Abständen und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit
- Angeführte Links bzw. Artikel geben nicht die Meinung der Herausgeber wieder, sondern versuchen die aktuelle Diskussion um den Islam und die Muslime in Europa in den Medien wiederzuspiegeln
- Um den Newsletter zu bestellen bzw. abzubestellen bitte um Antwort mit "Bestellen" bzw. "Abbestellen" im Betreff

